



Steuergeschenke ohne Ende?

Deutschland braucht wettbewerbsfähige Steuersätze

Arm trotz Arbeit? Mindestlohn

fast sieben Millionen
Menschen arbeiten für
Niedriglöhne

Wie viele Menschen braucht das Kapital?

die Arbeitslosigkeit hat
sich vervielfacht



Gesellschafts- politische Wende?

gesellschaftspolitische
Dimension der Tarif-
runde 2006

Inhaltsverzeichnis

2 Impressum

3 Arm trotz Arbeit? Mindestlohn

fast sieben Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne

4 Wie viele Menschen braucht das Kapital?

die Arbeitslosigkeit hat sich vervielfacht

10 Einstieg in eine gesellschaftspolitische Wende?

zur gesellschaftspolitischen Dimension der Tarifrunde 2006 in der Metall- und Elektroindustrie

13 Streik im öffentlichen Dienst

was hat der Streik gebracht

14 Lesetipps

Spiegelreflex - Adda Simon in Cotonou

Der Rausch

Futebol - die brasilianische Kunst des Lebens

Die rote Stadt

15 Steuergeschenke ohne Ende?

Deutschland braucht endlich wettbewerbsfähige Steuersätze

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

Erscheinungsmonat

Juli 2006, 29. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Bernhard Janßen
IG Metall

Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

Arm trotz Arbeit? Mindestlohn!

Fast sieben Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne. Viel zu viele. Sie haben weniger als 1600 Euro brutto im Monat. Trotz Vollzeitarbeit! Armutslöhne mit weniger als 1200 Euro brutto - rund 850 Euro netto - haben sich besonders ausgebreitet. Frauen sind besonders betroffen.

Beschäftigte mit Niedriglöhnen gelten als schlecht qualifiziert. Das ist ein Irrtum. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung! Und nur ein Viertel übt tatsächlich eine einfache Tätigkeit aus.

Aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und des zunehmenden Drucks sind immer mehr gut ausgebildete Erwerbslose bereit, fast jeden Job anzunehmen - auch wenn er mies bezahlt ist. Viele Neueingestellte sind eigentlich überqualifiziert. Gering Qualifizierte haben so immer schlechtere Chancen. Mit einer Vergrößerung des Niedriglohnsektors wird deshalb den schlecht qualifizierten Langzeitarbeitslosen wenig geholfen.

Das Ifo-Institut behauptet allen Ernstes: Würden die Niedriglöhne um ein Drittel gesenkt, könnten über drei Millionen gering qualifizierte neue Jobs finden. Das Arbeitslosengeld II - 345 Euro je Monat - soll für Erwerbsfähige gestrichen (!) werden. Stattdessen sollen Löhne bis 500 Euro je Monat vom Staat bezuschusst werden. Der Sinn der Sache: Millionen Erwerbslose sollen gezwungen werden, für ein paar Euro pro Stunde jeden Job anzunehmen.

Mindestlohn 7,50 Euro!

So darf es nicht weitergehen. Deshalb will ver.di und die NGG einen gesetzlichen Mindestlohn! 7,50 Euro sollen spätestens 2008 verbindlich sein. Schrittweise soll es dann weitergehen auf neun Euro. Dafür haben wir die Initiative www.mindestlohn.de ins Leben gerufen. 57 Prozent der Bevölkerung sind ohnehin dafür - so das Ergebnis einer Umfrage im Februar 2006. Wenn in 18 von 25

Länder der EU es einen Mindestlohn gibt - weshalb dann nicht auch bei uns? Dem Exportweltmeister!

Alle sind bedroht

Den meisten von uns ergeht es besser. Noch! Von ihrem Einkommen können viele ganz gut leben. Obwohl es selbst mit einem Stundenlohn von 15 Euro brutto - das ist der Durchschnitt - häufig knapp wird. Bedrückend ist, dass immer mehr Beschäftigte Zukunftsängste haben: Drohen Lohnkürzungen? Ist mein Job noch sicher? Werden meine Kinder einen Arbeitsplatz finden, von dem sie leben können?

Wer heute ganz gut verdient, morgen aber den Job verliert, dem droht nach einem Jahr Arbeitslosenunterstützung der Absturz in die Armut. Einen neuen Arbeitsplatz zu finden ist schwierig. Und die Arbeitsagentur macht Druck: Jeder Job, auch wenn er 30 Prozent unter Tarif liegt, ist zumutbar. Das Risiko für jeden von uns wächst, zu Armutslöhnen arbeiten zu müssen.

Durch den Niedriglohnbereich geraten alle Löhne und Gehälter unter Druck. Die heute noch gute Bezahlung ist morgen gefährdet. Über Leiharbeitsfirmen oder Outsourcing an Billigunternehmen drücken Unternehmer Personalkosten. In diesen Billigbetrieben werden häufig nur Niedriglöhne gezahlt. Das bekommen dann zunehmend auch die zu spüren, die heute noch ganz gut verdienen.

Mit der europäischen Dienstleistungsrichtlinie droht eine Verschärfung des Lohndumping. Auch deshalb brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn!

Jobkiller Mindestlohn?

Die Gegner des Mindestlohnes behaupten: So werden Jobs vernichtet. Die Unternehmer könnten häufig nicht mehr bezahlen. Zunächst: In keinem europäischen Land ist die Arbeitslosigkeit aufgrund des Mindestlohns gestie-

gen. Das Gegenteil ist der Fall. Zum Beispiel ist in Großbritannien die Arbeitslosigkeit sogar gesunken. Obwohl der Mindestlohn mehrfach erhöht wurde, auf umgerechnet fast acht Euro. In den USA vermeldet das Fiscal Policy Institute: „In den Bundesstaaten, die einen höheren Mindestlohn als 5,15 Dollar haben, ist der Beschäftigungszuwachs in Kleinbetrieben und im Einzelhandel überdurchschnittlich.“

Mit dem Mindestlohn wird ein erheblicher Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet. Deshalb würden bei uns mindestens 70 000 neue Arbeitsplätze entstehen. So das Ergebnis einer ökonomischen Untersuchung. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro verbessert die Einkommenssituation und damit die Kaufkraft von rund fünf Millionen Beschäftigten.

Vor allem kleinere Betriebe - zum Beispiel Friseure - werden versuchen mit Preissteigerungen zu reagieren. Da alle die gleiche zusätzliche Kostenbelastung durch den Mindestlohn haben, kann jedoch kein Betrieb mit Lohndumping aus der Reihe tanzen.

Viele Unternehmen machen mit Armutslöhnen richtig dicke Extra-Profitte. Sie können die Mindestlöhne aus ihren Gewinnen bezahlen. Jüngste Untersuchungen des Center of Economic Performance haben dies für Großbritannien nachgewiesen. In den ersten drei Jahren nach der Einführung des Mindestlohnes sanken die Profite der besonders betroffenen Unternehmen um acht Prozent. Dies hat aber die Betriebe nicht in ihrer Existenz bedroht. Bessere Löhne konnten gut aus den Gewinnen bezahlt werden. Viele Unternehmen haben ihre eigenen Taschen gefüllt - zu Lasten der Beschäftigten mit Armutslöhnen.

MICHAEL SCHLECHT
erschieden in der
Frankfurter Rundschau
am 20.5.2006

Wie viele Menschen

Seit Beginn der Massenarbeitslosigkeit in der sogenannten Ölkrise von 1973/74 sind über drei Jahrzehnte vergangen. Sämtliche Parteien haben sich, wenn man ihren Parolen glauben darf, unermüdlich um die „Sicherung“ und „Schaffung“ von Arbeitsplätzen bemüht, sei es nun in der Regierung oder in der Opposition. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur geblieben, sie hat sich vervielfacht.

Massenarbeitslosigkeit

Für Ostdeutschland hat der Sachverständigenrat errechnet, dass nur 40% der 3,7 Mio. von der sogenannten „Job-Lücke“ Betroffenen als arbeitslos geführt werden. 600 000 stecken in Maßnahmen der Bundesagentur, 200 000 sind in den Vorruhestand geschickt worden. In der Stillen Reserve waren 170 000. Weitere 400 000 pendeln in den Westen. 800 000 sind seit 1989 abgewandert. (Wirtschaftswoche 24.11.2005)

»gewöhnlich ist man daran interessiert die Arbeitslosen zu verstecken«

Solche Rechnungen sind selten. Gewöhnlich ist man nicht daran interessiert, die Arbeitslosen zu zählen, sondern sie zu verstecken. In der ganzen Welt sind es nach Mitteilung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf rund 192 Millionen, in der Europäischen Union 18,4 Millionen. (FR 26.1.2006, FAZ 7.1.2006) Aber was sagen solche Zahlen? Allein in Deutschland klafft zwischen der amtlichen Zahl von 5 Millionen und den 7 Millionen, die von den Gewerkschaften geschätzt werden, eine Differenz von 40%. In der Bankenmetropole Frankfurt sind 50% der Jugendlichen tür-

kischer Abstammung arbeitslos. Vielleicht gibt das einen Begriff vom Umgang des Kapitals mit Menschen, von seiner Willkür des Heranziehens und des Abstoßens. Sicher ist: Auf diesem Feld gibt es keine Stagnation. Seit 1991 sind allein in Deutschland nach offiziellen Berechnungen 3,8 Millionen reguläre Stellen verloren gegangen. (FAZ 5.1.2006) Die Massenarbeitslosigkeit ist zu einem Dreißigjährigen Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung geworden. Wie viel Angst und Aggression ist in diesen Jahrzehnten erzeugt worden? Wie viele sind darüber seelisch und körperlich krank geworden, ja zugrunde gegangen? Wie viel versteckte und offene Gewalt geht mit dieser ungeheuerlichen Brachlegung menschlicher Fähigkeiten einher?

»junge Menschen müssen sich entwürdigenden Auswahlverfahren unterwerfen«

Man beklagt das politische Desinteresse, die Gleichgültigkeit, den Zynismus. Wie aber soll das Leben in einer Gesellschaft beschaffen sein, in der ein Fünftel der arbeitsfähigen Bevölkerung für überflüssig erklärt wird? Woher sollen Selbstbewusstsein und Verantwortungsbereitschaft kommen, wenn sich die meisten jungen Menschen entwürdigenden Auswahlverfahren unterwerfen müssen, die angesichts der Zahlenproportionen nicht gerecht sein können. Und wenn einmal alle Hürden und Hindernisse bewältigt sind: Was ist das für eine Arbeitswelt, in der das Erwerbsleben beginnt? Für immer weitere Bereiche gilt, dass auch angestrenzte Arbeit kein auskömmliches Leben mehr gewährleistet.

Arbeitende Arme

Man redet uns jederzeit von einer großen Zukunft, von Modernität und Innovation. Gleichzeitig begegnen wir einer so altertümlichen Figur wie dem „arbeitenden Armen“. Sie kommt aus den USA, aus der schönen „Neuen Welt“ zu uns, wo der working poor längst Alltag ist. In Deutschland zählt diese Armee der arbeitenden Armen schon jetzt 2,3 Millionen. Ihre Existenz zeigt, dass Arbeit um jeden Preis, und das heißt unterhalb aller bisherigen Standards, zwar neue Möglichkeiten der Ausbeutung schafft, aber keine Arbeit, von der ein Mensch leben kann.

Der arbeitende Arme ist eine Gestalt wie aus einem alten Holzschnitt und er ist nicht die einzige Erinnerung an die Epoche des Feudalismus. Was ist denn „unbezahlte Mehrarbeit“ anderes als die Wiederkehr der Fron in Begriffen der Lohnbuchhaltung? Was ist das ausufernde Praktikantenwesen im Baugewerbe anderes als die Wiederkehr jener traurigen Gestalten des 18. Jahrhunderts, die jahrelang ohne Gehalt in einer Kanzlei arbeiteten, nur um präsent zu sein, wenn eine Stelle vakant werden sollte?

»noch werden die Armen nicht in aller Form mit einem Fortpflanzungsverbot belegt«

Und ist nicht unter den Kürzeln Hartz IV und ALG II eine Armenpflege entstanden, die an das frühe 19. Jahrhundert erinnert? Noch werden die Armen nicht in aller Form mit einem Fortpflanzungsverbot belegt, aber man handelt bereits nach der alten Vorstellung, dass der Arme an seiner Vermehrung zu hindern sei. Folgerichtig wird das Kindergeld dem normal verdienenden Paar zusätzlich gegeben, der alleinerziehenden Mutter „auf ALG II“ aber vom Regelsatz abgezogen. Auch so kann man erreichen, was die alten Heirats-

braucht das Kapital?

verbote für Arme angestrebt haben.

»besser der Arme arbeitet, als er ist einfach nur arm«

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ hat den entscheidenden Punkt erfasst und die Parole ausgegeben: „Besser working poor als nur poor.“ (Die Zeit 9.3.2006) Besser der Arme arbeitet, als er ist einfach nur arm. Besser ein kleiner Profit als gar kein Profit. Die Forscher des Instituts haben zudem herausgefunden, dass Arbeit frei macht – von Depressionen nämlich. Die Zufriedenheit von Menschen mit Niedriglohnarbeit sei größer als die von Menschen in Arbeitslosigkeit und „Einkommensarmut“. Wie glücklich müssen erst die Menschen sein, die sich nicht entscheiden müssen, weil sie Niedriglohnarbeit und Einkommensarmut miteinander verbinden können!

Auch die fast schon vergessene Figur des Bettlers hat sich wieder eingestellt. 400 000 Wohnungslose werden gezählt, als befänden wir uns mitten in einem Bombenkrieg. Wir kennen die Wahrheit über diese Gesellschaft nicht. Die Hunderte Obdachlosen, die seit 1991 auf den deutschen Straßen erfroren sind, haben sie erfahren.

In diesen „Bildern aus alter Zeit“ darf auch der Projektmacher nicht fehlen, allzeit dabei, Reformen zu jedermanns Nutzen und niemandes Schaden auszudenken. Dazu gehört die famose Professoren-Idee, nicht länger das „Nichtstun“ (sprich die Faulheit) des Arbeitslosen, sondern die Arbeit des Armen zu subventionieren. Hier müsste gewarnt werden: „Achtung, sie betreten den Niedriglohnsektor!“ Aber im Kalten Krieg des Kapitals gegen die Arbeit gibt es solche Warnschilder nicht. Ganz im Gegenteil: Man wirbt mit dem betrügerischen Schein der „Selbständigkeit“. Man spottet den Leuten hinterher, sie

sollen doch ihr Elend in eine Aktiengesellschaft umwandeln, ihr ramponiertes Selbstgefühl in eine „Ich AG“. Auch das ist ein Element der vorindustriellen, der feudalen Gesellschaft, in der die Armen mit tausend bizarren Tätigkeiten versuchten, über die Runden zu kommen.

»der Asylbewerber als Richtgröße für das Lebensminimum des Armen«

Damit ist der Weg nach unten noch nicht zu Ende. Auch die Lohnsubventionen des Herrn Sinn vom Münchner Ifo-Institut orientieren sich am sogenannten „soziokulturellen Existenzminimum“. Vorausschauend macht deshalb schon jetzt die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ darauf aufmerksam, dass der Regelsatz für das ALG II von 345 Euro im Monat auf 225 Euro abgesenkt werden könnte, ohne mit der Verfassung in Konflikt zu kommen. Das ist der Regelsatz für Asylbewerber, und denen sei schließlich auch ein „soziokulturelles Existenzminimum“ garantiert. (FAZ 13.3.2006) Der Asylbewerber als Richtgröße für das Lebensminimum des Armen, oder: der Arme als Fremder im eigenen Land, den irgendwohin abzuschieben eigentlich die beste Lösung wäre. Auch das ist weder originell noch innovativ, sondern die Rückkehr in eine Welt, die wir lange Zeit nur aus den Romanen eines Charles Dickens kannten.

Rückzug der freien Lohnarbeit

Wir erleben nicht das Ende der Arbeit, wie manche schon philosophiert haben. Wir erleben den Rückzug der freien Lohnarbeit. Wir erleben, wie der Zusammenhang zwischen Arbeit und Entloh-

nung sich auflöst. Das geschieht langsam, in seltsamen Maskierungen. Was ist das eigentlich, wenn Erwerbslose vom Staat gezwungen werden, eine Arbeit anzunehmen, bei der ihnen kein Lohn bezahlt, sondern lediglich ein Almosen als sogenannte „Mehraufwandsentschädigung“ gereicht wird? Viele nennen das „Zwangsarbeit“. Aber ist es das wirklich? In der Zwangsarbeit wird immerhin anerkannt, dass die erzwungene Arbeit einen gewissen Wert hat. Der Betrieb, der Zwangsarbeiter beschäftigt, zahlt dafür einen bestimmten Tages- oder Stundensatz. Der Zwangsarbeiter wird zwar um seinen Lohn betrogen, aber die Lohnzahlung findet (an ihm vorbei) doch statt.

»wie die Arbeit am unteren Ende der sozialen Stufenleiter ohne Lohn stattfindet, so fließen am oberen Ende die Einkommen ohne Arbeit«

Der heutige „Ein-Euro-Jobber“ hat, biblisch gesprochen, „seinen Lohn dahin“. Er tritt seine Arbeit lediglich zu dem Zweck an, die amtliche Vermutung seiner Arbeitsscheu zu entkräften. Insofern hat es eine gewisse Logik, dass (in Frankfurt) vorgeschlagen wurde, diesen Vorgang durch eine besondere Kleidung kenntlich zu machen, wie einst die Insassen von Armen- und Arbeitshäusern.

Und wie die Arbeit am unteren Ende der sozialen Stufenleiter ohne Lohn stattfindet, so fließen am oberen Ende die Einkommen ohne Arbeit. Die Beträge die dort gezahlt werden, stehen mit der Arbeitsleistung in keinem Zusammenhang mehr. Es ist eine Art Beuteverteilung, die nur insofern „gerecht“ sein kann, als sie (wie in jeder Räuberbande), den Status der Begünstigten korrekt wieder spiegelt.

Vielleicht sollte man eine Rote

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Liste gefährdeter Sozialphänomene aufstellen. Ganz oben müsste stehen: Das frei gewählte Arbeitsverhältnis zu den Bedingungen eines in freier Verhandlung vereinbarten Tarifvertrages, der einen Lohn festsetzt, von dem der Arbeitnehmer und seine Familie anständig leben zu können. Ist das zu viel verlangt? Unter den Verhältnissen unserer „Grundordnung“ ganz offensichtlich. Man muss diese Forderung, diese eigentliche Norm, nur aussprechen, ohne alle Einschränkungen, um sich all den Hohn und Spott vorstellen zu können, den die Meinungsmacher darüber ausgießen würden.

Wo leben wir?

„Ja, wo leben sie denn?“ Das wäre wohl die einleitende Frage. Wir sollten nun keine Entschuldigungen und Rückzieher folgen lassen, sondern die polemische Frage beim Wort nehmen. Wo leben wir? Die Arbeitgeberpropaganda der letzten 15 Jahre hat der Frage nach dem Wo eine zentrale Bedeutung gegeben. Wir haben eine auffällige Geographisierung der politischen Debatte erlebt. Sie geschieht unter zwei zentralen Begriffen, dem Begriff des „Standorts“ und dem Begriff der „Globalisierung“. Sie gehören bei den Pirouetten der Medien zusammen wie Stand- und Spielbein.

»alles, was von der Arbeiterbewegung kommt, hat für die Medien einen penetranten Mottengeruch«

Der Standort ist gut deutsch. Er muss verteidigt werden. Er muss bleiben. Er verlangt Opfer. Denn seine Bodenständigkeit ist dem Sturm der „Globalisierung“ ausgesetzt. Der Standort befindet sich in einem permanenten Belagerungszustand, umgeben von Kräften, die ihn jederzeit auszulöschen drohen. Unter diesen stehen an erster Stelle die kostentreibenden Faktoren, was nichts anderes besagt, als dass die größte Gefahr

für den Standort aus seinem Innern kommt, von denjenigen, die ihn verteidigen sollen und verteidigen könnten, wenn sie denn opferbereit genug wären.

Außer einer penetranten Militarisierung der Sprache ist an der Standort-Rhetorik nichts wirklich neu. Man kann sagen: Seit die erste Fabrik an irgendeinem Bachlauf gebaut worden ist, klagen die Arbeitgeber, wie schwer es ihnen ist, gegen die auswärtige Konkurrenz zu bestehen. Sie waren nie um den Nachweis verlegen, dass allein schon die Existenz des Betriebes an dieser ungünstigen Stelle nur ihrer Menschenfreundlichkeit geschuldet ist, die auch einmal Dank verdient habe, statt durch maßlose Forderungen auf die Probe gestellt zu werden etc. etc.

Woran liegt es eigentlich? Die Arbeitgeber und ihre Gehilfen reden seit zweihundert Jahren das Gleiche und ernten doch immer das Lob ihrer Modernität. Die Arbeiterbewegung hat sich noch in Gefängnissen und Konzentrationslagern den Kopf über eine neue Gesellschaft, eine künftige Welt zerbrochen, aber alles, was von ihr kommt, hat für die Medien einen penetranten Mottengeruch. An den Sprüchen der Arbeitgeber müsste man vor der Wiederverwendung über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg nur das Datum ändern, aber sie sind zu jedem Zeitpunkt modern. Wir hingegen verlangen eine andere Welt, verlangen das Niedagewesene, nämlich Gerechtigkeit, aber das ist natürlich ein ganz alter Hut!

„Globalisierung“ = Kapitalismus

„Globalisierung“ ist im Wortschatz des Kapitals das Allerfeinste. Seit dem „Platz an der Sonne“, der Parole, mit der das Kaiserreich

auf den Weltkrieg zusteuerte, ist „Globalisierung“ der erfolgreichste Schlagler überhaupt. Sein Text geht nach Art eines politischen Märchens: Kaum war es den Deutschen gelungen, sich nach langer Trennung wiederzufinden, da brach die Globalisierung mit Urgewalt über sie herein. So formuliert der bayerische Ministerpräsident. Von anderer Seite ist dieses Gemälde durch die bekannten Riesenheuschrecken ergänzt worden.

»spekulatives Kapital hat in allen Phasen der Entwicklung eine Rolle gespielt«

Über die Ursachen des Phänomens streiten sich die Gelehrten noch immer. Nur über den Zeitpunkt des Anfangs ist man sich weitgehend einig: Es war zu Beginn der 90er Jahre. Was damals die kapitalistische Welt revolutioniert haben soll, ist bis heute nicht klar. Die Konzentration des Kapitals durch immer neue Übernahmen und Fusionen datiert nicht erst seither. Aus solchen Vorgängen ist das Großkapital überhaupt erst entstanden.

Spekulatives Kapital hat in allen Phasen der Entwicklung eine Rolle gespielt. Vor Schaffung der Börsenaufsicht und des Zentralbanksystems war die Neigung zur Spekulation, waren die Folgen des Spekulierens viel ausgeprägter.

Die Verkehrs- und Nachrichtennetze sind seit den Anfängen des Handelskapitalismus einer permanenten Beschleunigung unterworfen. Das erste Telefonkabel zwischen Nordamerika und Europa wurde immerhin schon 1866 in Betrieb genommen. Ebenso vollzieht sich der dynamische Prozess der Rationalisierung von Anfang an.

Der neuzeitliche Kapitalismus hat sich nicht erst in einen Weltzusammenhang hinaufarbeiten müssen. Er ist aus transkontinentalen Zusammenhängen hervorgegangen, nämlich aus der Plünderung

des amerikanischen Kontinents und der Versklavung der Afrikaner.

Die Internationalisierung der Produktion war schon um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert so weit fortgeschritten, dass viele sich wegen der wechselseitigen Abhängigkeit der Länder einen Weltkrieg nicht vorstellen konnten. Aber trotz des nationalistischen Getöses haben gerade die Weltkriegs Prozesse der Internationalisierung, der Konzentration und der Standardisierung weiter vorangetrieben.

»Kapitalismus ist aus der Plünderung des amerikanischen Kontinents und der Versklavung der Afrikaner hervorgegangen«

Das Stichjahr einer wirklichen Globalisierung, gewissermaßen der Quantensprung in der Geschichte der Ausbeutung, heißt 1492 und nicht etwa 1990. Es müsste schon ein neuer Planet entdeckt werden, mit entsprechenden Bodenschätzen und vorbezeichneten Opfern der Versklavung, um eine ähnliche Zäsur begründen zu können. Die französische Regierung hat den 10. Mai zum Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei gemacht. Ich will nun nicht über die Aufrichtigkeit dieser Gesetze gegenüber den Afrikanern spekulieren, sondern ganz einfach dazu auffordern, diese Initiative beim Wort zu nehmen. Wir hätten dann auch einen guten Ansatzpunkt, das windige Konstrukt der „Globalisierung“ auf die Erde herunterzuziehen.

Nach dem Sieg der Konterrevolution

Nun hat sich die Welt seit 1991 allerdings verändert, aber nicht weil der Kapitalismus eine neue Stufe erreicht hat, sondern weil er in alte Verhältnisse zurückkehren konnte, in die Verhältnisse vor 1917. Das Kapital und der Großgrundbesitz sind aus dem Weltbürgerkrieg, der 1991 mit der Selbstauflösung der UdSSR zu Ende ging, als Sieger hervorgegangen.

Diese Tatsache hat das politische Kräfteverhältnis auf der ganzen Welt grundlegend verändert, und zwar zu Ungunsten der arbeitenden Menschen.

Es hat seine Logik, dass zuerst die Befreiungsbewegungen erstickt und deformiert wurden, und danach auch das Interesse an den Diktatoren, die man gegen sie großgezogen hatte, schrittweise erloschen ist. Es wäre naiv, das eine als Fortschritt des Friedens und das andere als einen Fortschritt der Demokratie zu verstehen.

Dass der Befreiungskampf in der halbkolonialen Peripherie der Welt schwerer geworden ist, sehen viele ein. Dass auch der wirtschaftliche Kampf in den Metropolen schwerer geworden ist, weil die Gewerkschaften nicht länger als „Bollwerke gegen den Kommunismus“ gebraucht werden, haben viele noch nicht begriffen.

»es hat vor 1991 tatsächlich so etwas wie einen Revolutionsverhinderungszuschlag gegeben«

Mancher wird sich erinnern: Es hatte wenig Überzeugungskraft, wenn uns vor 1989 erklärt wurde, allein schon die Existenz der DDR leiste einen wichtigen Beitrag zum Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse. Heute wissen wir, und wir bekommen es in jeder Tarifrunde bestätigt: Es hat vor 1991 tatsächlich so etwas wie einen „Revolutionsverhinderungszuschlag“ gegeben. Der ist nun weg. Das Kapital hat freie Hand, und es ist nirgendwo genötigt, jemanden aus politischen Rücksichten mental oder materiell bei Laune zu halten.

Nun wirkt sich aus, was ich das Gesetz der sozialen Regression nennen möchte. Der Ausbeutungsprozess, den wir Kapital nennen, neigt dazu, in überwunden geglaubte Vorstufen zurückzufallen. Es gibt keinen mechanischen Zusammenhang zwischen technischem und sozialem Fortschritt. Es gibt keine „Unumkehrbarkeit“ sozialer Errungenschaften, so

schön sich ein solches Wort in der gewerkschaftlichen Rhetorik auch ausnimmt. Wenn das Kapital freie Hand bekommt, werden die Ideologien und die Zugeständnisse hinfällig, mit denen es bis dahin vom Kern der Sache abgelenkt hat.

»man gibt sich keine Mühe mehr, die Politik in irgendwelche ideologische Kostüme zu stecken«

Die Ideologen selbst werden unfruchtbar, wohl aus dem richtigen Gefühl heraus, dass man sie nicht mehr braucht. Wenn der Bundespräsident in der ganzen bürgerlichen Politik unserer Tage die zündende Idee, den (ausgerechnet) „roten Faden“ vermisst, dann hat das auch damit zu tun: Man gibt sich keine Mühe mehr, die Politik in irgendwelche ideologische Kostüme zu stecken. „Alles für Deutschland“ textete man, als es noch nötig war, dem Profit hochtönende Namen zu geben. Die Billigversion heißt „Du bist Deutschland“ – und wenn Du kein Geld für eine private Zusatzversicherung hast, dann spiele eben, wie der sozialdemokratische Arbeitsminister rät, Balalaika oder Lotto. Auch das ist Deutschland. (FAZ 9.3.2006)

Anatomie der kapitalistischen Welt

Seit dem Westen der Osten abhanden gekommen ist, offenbart die Welt ihre wirkliche Anatomie. Bis in die letzte Zelle hinein ist sie geprägt vom Gesetz der Raumdifferenzierung, das jedes Gleichheitsgebot (und hätte es Verfassungsrang) zur Farce werden lässt. Es beginnt im Unternehmen mit der Spaltung in Kern- und Randbelegschaften, in Betriebe, die sich rechnen und solche die man durchschleppt. Das setzt sich fort in der Geographie unserer Städte, deren jede ihre Banlieue hat. Jedes Land ist geteilt in ein Vorderhaus und einen Hinterhof.

Die feindliche Übernahme der DDR 1990 hat die bis dahin mehr

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

oder weniger homogene Bundesrepublik dem inneren Gefälle der übrigen europäischen Länder angeglichen. Diese angebliche „Vereinigung“ hat nicht zusammengeführt, sondern diktiert und plattgemacht. Sie hat eine abhängige Peripherie von bis dahin unbekanntem Ausmaß geschaffen, nach Art des südlichen Italien nun ein deutscher Mezzogiorno.

In der Logik des Kapitals war das kein Scheitern, sondern etwas längst Fälliges: Denn das Kapital kann keine Gleichheit ertragen. Es spaltet auf jeder Stufe, es bewertet die Räume wie es die Menschen bewertet: in Kern und Rand, in nützliche und überflüssige. Und sie spaltet das Bewusstsein: in die Realität, die jederzeit vom Kapital definiert wird, und in die Träume, aus denen die Arbeitnehmer mühsam und notfalls mit Gewalt zurückgeholt werden müssen.

»Lohn, von dem der Arbeitnehmer und seine Familie anständig leben können«

Wie viele sind es aber, die das Kapital wirklich braucht? Vielleicht rechnet das gerade jemand aus. Auf alle Fälle werden es jeden Tag weniger. In jedem Automodell steckt weniger Arbeit als in seinem Vorgänger. So lange die Erkenntnisse der Wissenschaft unter dem Primat des Profits auf die Produktion angewandt werden, gibt es kein Entrinnen: Immer weniger Menschen werden benötigt. Es wird zum Privileg, Lohnarbeit verrichten zu dürfen, zum beneideten Status, der Kernbelegschaft anzugehören. Und es wird immer schwerer gemacht, in das Leben hineinzukommen, aber es wird absehbar viele Erleichterungen geben, es zu verlassen.

Gewalt und Profit

Können wir darauf vertrauen, dass dieser Selektionsprozess dort seine Grenze findet, wo das System seine eigenen Absatzmärkte zerstört? Ich glaube, dass auch das eine Illusion ist, die nur dort den Anschein einer simplen Wahrheit

hat, wo aus dem Prozess der Kapitalverwertung die Gewalt hinausdefiniert worden ist. Wo es keine Gewalt gibt, weil das Tafelbild des Lehrers sie vergessen hat. Dann gilt freilich, dass „Autos keine Autos kaufen“.

»wenn ein Römer consumare sagte, hieß das auch vernichten, zerstören, aufreiben, wegraffen«

Aber wann jemals hat sich das Kapital auf friedliche Formen seiner Verwertung beschränkt? Wörter können verräterisch sein. Wenn wir konsumieren sagen, dann denken wir an Kaufhäuser und Supermärkte. Wenn ein Römer consumare sagte, dann hieß das eben auch „vernichten, zerstören, aufreiben, wegraffen“. Nehmen wir die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wann hatte die deutsche Bevölkerung die Gelegenheit zu ungestörtem Konsum? Großzügig gerechnet von 1901 bis 1913 und von 1924-1929. Das waren ganze 17 Jahre - von 50! 32 Jahre lang wurde ausgezehrt, dahingerafft, vernichtet. Von „Binnennachfrage“ war keine Rede, aber gerade deshalb hat das Kapital Geschäfte gemacht wie nie zuvor und die Fundamente seiner heutigen Macht legen können.

Metropole und Peripherie

Eine ähnliche Illusion wie die prinzipielle Gewaltfreiheit des Kapitals ist die Vorstellung vom Schrumpfen der Entfernungen. Man redet vom „globalen Dorf“, womit gesagt sein soll, wir seien einander näher gerückt, nichts bleibe mehr verborgen. In Wirklichkeit sind heute schon halbe Kontinente von der Entwicklung abgehängt, ganze Länder abgeschrieben, unzugänglich. Wer redet beispielsweise von Tadschikistan, dem bevorzugten Herkunftsland der illegalen Bauarbeiter in Moskau, die das Interesse der Russischen Akademie der Wissenschaften erregt haben, weil sie in

Verhältnissen ähnlich der Sklaverei leben?

Der Nahe Osten ist zu einem riesigen Übungsgelände des erneuerten Imperialismus, der „neuen Kreuzfahrer“ geworden. Dass die jüdische Staatsgründung in Palästina dabei die Rolle eines strategischen Brückenkopfes spielt, ist eine bittere Ironie der Geschichte. Zugleich liefert dieser Raum gute Beispiele für die Relativität von Entfernungen. Von Tel Aviv nach Washington ist es in der Tat nicht weit. Aber wie weit ist der Weg eines Arbeitslosen auf der Westbank zu einem Arbeitsplatz im eingemauerten Kernland?

Was erbittert denn die muslimischen Massen? Doch nicht ein paar dämliche Karikaturen, sondern die Tatsache einer offen und gewaltsam betriebenen Rekolonialisierung ihrer Länder. Diese Regionen werden keineswegs näher an die Metropolen herangezogen, sondern weiter in die Peripherie, in Armut und Bedeutungslosigkeit hinausgedrängt.

»von der Bewahrung des Friedens reden und gleichzeitig einen Weltkrieg führen«

Nicht nur der Nahe Osten steht vor einer existenziellen Bedrohung. Wie viele der jungen Menschen im südlichen Afrika braucht das Kapital? Wie viele können an Aids sterben, ohne dass es jemanden interessiert? Was wäre, wenn die Erde den Ghaza-Streifen verschlingen würde? Wen kümmert das Massenelend in der Peripherie, so lang dort keine Viren ausgebrütet werden, die aus dem Schmutz des „globalen Dorfes“ in die hochsensible „globale Stadt“ einwandern?

Wem fällt es auf, dass man in dieser schönen neuen Welt, von der Bewahrung des Friedens reden kann und gleichzeitig (wie die USA) einen „Weltkrieg“ führen? In den Metropolen können empfindsame Diskurse stattfinden, außerhalb einer gewissen Linie wird mit Phosphorgranaten geschossen, ist selbst Atomwaffeneinsatz denk

bar, gelten Verträge nur mit Vorbehalt, entstehen Zonen und Anstalten absoluter Rechtlosigkeit.

Die Linie, die den Frieden vom Krieg trennt, das Recht von der Willkür, die Würde von der Folter, ist nur auf einzelnen Abschnitten sichtbar: dort, wo die Metallzäune stehen, wie in Nordafrika, wo Sondereinheiten und Bürgerwehren auf Migrantenjagd gehen wie am Rio Grande, wo Betonmauern quer durch das Land gebaut werden wie in Palästina.

»die Entwicklung hat die im Zentrum überlebten Formen der Ausbeutung immer weiter in das Land hinausgeschoben«

Die Entwicklung bis 1991 hat die im Zentrum überlebten Formen der Ausbeutung immer weiter in das Land hinausgeschoben. Nun rücken sie uns wieder näher und sie dringen ein bis in das Herz der Metropolen. Wenn wir dort in der illegalen Arbeit und in der Prostitution Formen des Zwangs, ja der Sklaverei antreffen, dann sollten wir sie nicht als marginale „Auswüchse“ abtun, sondern als Elemente eines zusammenhängenden Systems verstehen.

Verseuchung der Sprache

Derzeit ist viel von Seuchen die Rede. Es scheint als sei der Tierseuche eine Verseuchung der Sprache vorausgegangen, oder vielleicht ist es auch so, dass beide aus tiefer liegenden Schichten gespeist werden. Ende Februar 2006 fand im Deutschland-Funk eine Diskussionsrunde zur Vogelgrippe statt. Die Hörer bekamen zunächst Nachhilfeunterricht in Sachen Kapitalismus. So etwas komme eben vor, bei Haltungsformen, wo einige hunderttausend Tiere zusammengepfercht seien. Impfung käme ganz einfach nicht in Frage, denn die Spritze sei teurer als das Hähnchen. Im übrigen solle man sich keine falschen Vorstellungen machen. Wörtlich: „Die werden ja nicht erschlagen, sondern da wird Kohlendioxid einge-

lassen, die ersticken.“ Und dann rutscht der Satz einfach so heraus: „Bei Menschen kann man das natürlich nicht machen.“

Wenn diese Einschränkung nach zwei Jahrhunderten Kapitalismus noch so natürlich wäre! Man hat es getan, und es sieht nicht danach aus, dass dies für alle Zeiten ausgeschlossen ist. Es ist nicht ungefährlich, in einer Welt zu leben, in der ein großer Teil der Menschen überflüssig ist; in der das ganze Leben auf das Interesse einer winzigen Minderheit ausgerichtet ist, die einen Heißhunger auf Profit hat, aber vor Menschen eine Art Scheu, die sie nur in wohlbegründeten Fällen überwindet.

Die Dinge beim Namen nennen

Wir sollten uns endlich die Freiheit nehmen, die Dinge ohne alle Umschweife beim Namen zu nennen, auszusprechen was ist, und nicht schon zu Beginn unseres Weges die Ergebnisse der Anpassung vorwegnehmen, die andere ein Jahrhundert lang oder einige Jahrzehnte lang durchlaufen haben. Unsere Gegner werden es zur Kenntnis nehmen müssen: Die Linke sammelt sich erneut, nach einer schweren Krise, die 16 Jahre gedauert hat. Die arbeitenden Menschen wehren sich, von den Müllwerkern bis zu den Krankenhausärzten, von einzelnen Belegschaften bis zu den Millionen Metallern. Ihnen gilt unsere Solidarität.

»wir brauchen keine Rückreise zur guten alten SPD, sondern ein Neubeginn«

Sie gilt auch der französischen Jugend, die den Kampf gegen ihre Entrechtung aufgenommen hat. Sie gilt unseren Freunden in Lateinamerika, auf Cuba, in Venezuela, in Bolivien und in Chile.

Sie gilt den Völkern des Nahen

Ostens, die am schwersten unter dem Terrorismus der sogenannten „Staatengemeinschaft“ leiden.

Vor diesem Hintergrund geht es um weit mehr als um irgendwelche parlamentarischen Schachzüge im politischen „Vakuum“. Wir brauchen keine Rückreise zur guten alten SPD, sondern ein Neubeginn. Es kann nicht anders sein, oder es ist umsonst.

Die Entäußerung und Verkehrung aller Werte, die wir erlebt haben und noch erleben, ist weder durch Zufall, noch durch einzelne Personen bewirkt worden, sondern war von Anfang an in einer Politik angelegt, die jederzeit große Worte im Mund führte, sich dann aber damit zufrieden gab, am reaktionären Text, den andere vorgaben, ein paar „soziale“ Korrekturen anzubringen.

»wir müssen uns zusammentun, um einer anderen Welt vorzuarbeiten«

Wir, die Überflüssigen und die vielleicht schon morgen Aussortierten, gemeinsam mit allen, die durch ihre Arbeit das Leben täglich neu schaffen, wir müssen uns zusammentun, um einer anderen Welt vorzuarbeiten, einer Welt, in der es eines Tages möglich ist, der Sache auf den Grund zu gehen, ganz so wie es die Belegschaft eines Großbetriebs im Rhein-Main-Gebiet im Mai 1945 getan hat.

Die Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes hatten nach der Befreiung einen Antifaschistischen Ausschuss gebildet, und der ging nun die Personallisten durch, um zu prüfen, wer noch da ist, wer gebraucht wird und wer nicht. Da kamen sie schließlich auf ihren alten Chef zu sprechen, den ehemaligen „Betriebsführer“, den Herrn über Russen, Ukrainer, Polen und andere Sklaven. Die Diskussion hat nicht lange gedauert, dann schrieben sie ein einziges Wort hinter seinen Namen: Überflüssig!

Einstieg in eine gesell-

Zur gesellschaftspolitischen Dimension der Tarifrunde 2006 in der Metall- und

Journalistische Verwirrungen

Wie immer so ging auch nach dem diesjährigen Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie ein lautes Rauschen durch „Blätterwald“, doch auffällig wahr, wie konträr die Bewertung der Tarifrunde ausfiel. Einigkeit bestand noch darin, die IG Metall zum Punktsieger zu erklären. Doch bei der ordnungspolitischen Bewertung des Abschlusses für die bundesdeutsche Tariflandschaft wich die Einmütigkeit. So wollte etwa das Handelsblatt einen weiteren Beweis für die Unfähigkeit von Tarifparteien und Tarifsysteem entdeckt haben, sich den neuen Bedingungen einer globalisierten Ökonomie anzupassen und interpretierte den Lohnkompromiss schlicht als ein „Schlaglicht auf die Fehlfunktionen des deutschen Tarifsystems“. In die entgegengesetzte Richtung kommentierte die Welt am Sonntag, die eine Innovationsrevolution konstatierte. Mit der Schlagzeile „Metallbranche revolutioniert Tarifverträge“ feierte sie den „Einstieg in eine flexible Lohngestaltung“.

Welche Leseart trifft nun zu? Wie oft im Leben ist die Wirklichkeit komplizierter als sie in den Leitartikeln der main-stream-Presse erscheint. Ein etwas genauerer Blick auf die Tarifrunde lässt einige Aspekte deutlich werden, die es ausführlicher zu diskutieren gilt.

Ergebnis und Verlauf was fällt auf?

Zunächst einmal zur Tarifrunde selbst: Verteilungspolitisch läuft der Tarifabschluss mit einem Gesamtvolumen von rund 3,4% für die über drei Millionen Beschäftig-

ten in der Metall- und Elektroindustrie auf eine deutliche Einkommenssteigerung hinaus. Sie setzt sich zusammen aus einer Erhöhung in den Lohn- und Gehaltstabellen um 3% ab Juni 2006 für zehn Monate und einer Einmalzahlung von 310 Euro für die Monate März, April und Mai. Die Einmalzahlung kann nach betrieblichen Gegebenheiten nach unten und oben differenziert werden. Auch wenn medial der symbolische Wert einer „drei vor dem Komma“ als Sieg der IG Metall dargestellt wird, weist die Lohnzahl weit über die unterstellte Symbolik hinaus. Entscheidend ist, dass die von Gesamtmetall angestrebte Reallohnsenkung verhindert, der verteilungsneutrale Spielraum weitgehend ausgeschöpft und eine nachhaltige, weil tabellenwirksame Lohnsteigerung für die Beschäftigten erreicht werden konnte. Damit ist die IG Metall nicht nur ihrer verteilungs-, sondern auch ihrer konjunktur- und wachstumspolitischen Verantwortung gerecht geworden. Der Abschluss hat eine stabilisierende Wirkung auf die Binnennachfrage. Damit ist er ein wichtiger Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung. Das ist ein deutlicher Erfolg.

Weiterhin konnte sich die IG Metall bei den vermeintlichen Nebenthemen Qualifizierung, „Steinkühlerpause“ und vermögenswirksame Leistungen weitgehend durchsetzen. Der Tarifvertrag zur Qualifizierung stärkt die Rechte der Arbeitnehmer in einem für Beschäftigte und Unternehmen wichtigen Feld. Zudem konnte im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden die von Südwestmetall angestrebte flächendeckende Streichung der Erholzeiten verhindert werden. Zurückrudern mussten die Arbeitgeber auch bei der geplanten Stornierung der 319

Euro vermögenswirksame Leistungen. Das Geld bleibt den Beschäftigten erhalten. Im Rahmen einer Übergangszeit wird es auf eine altersvorsorgewirksame Leistung umgestellt. Damit reagierte die IG Metall mit dem Instrument der Tarifpolitik auf die zentralen gesellschaftlichen Debatten: Bildungsnotstand und Alterssicherung. Auch das muss als Erfolg gewertet werden.

Doch nicht nur das Ergebnis, auch Verlauf und Strategien der Kontrahenten sind bemerkenswert. In der Politik der IG Metall erhielt die systematische Bearbeitung des medialen Umfelds vor und während der heißen Phase der Tarifrunde einen deutlich höheren Stellenwert als in vorangegangenen Tarifkonflikten. Unter den Bedingungen der Mediengesellschaft können politische Geländegewinne sehr schnell durch die mediale Berichterstattung erzielt – oder verspielt – werden. Als institutionelle Voraussetzung einer aktiven Medienpolitik wurde eine „TarifKampa“ mit Expertinnen und Experten aller Funktionsbereiche eingerichtet, die die öffentlichen Äußerungen der IG Metall zu den wechselnden Verhandlungsverläufen, zur Agitation von Gesamtmetall oder zur Reaktion der Medien tagesaktuell abstimmt. Die Medienwirksamkeit spielte bereits bei der Erstellung der Forderungen eine Rolle. So ist die Forderung nach einem Innovations- und Qualifizierungstarifvertrag einerseits sachlich begründet und zielt auf die Behebung eines zentralen Defizits in den Betrieben. Aber auch taktische Aspekte waren nicht gänzlich unbedeutend. Die Profilierung der IG Metall als Innovationskraft sollte Gesamtmetall auch die

schaftpolitische Wende?

Elektroindustrie

Möglichkeit nehmen, die gewerkschaftliche Tarifpolitik als kosten-treibende und konjunkturschädliche Lohnmaschine kommunikativ in die Ecke zu drängen. Eine gewerkschaftliche Rechnung, die durchaus aufging. Gesamtmetall hatte sich frühzeitig auf einen Pilotbezirk kapriziert und dies öffentlich verkündet. Noch bevor die Verhandlungen begannen, war aus dem Arbeitgeberlager zu vernehmen, dass man einen Abschluss in NRW anstrebe - auch aus Gründen der „personalpolitischen Entwicklung“ in der IG Metall. Für die IG Metall galt es, jedes öffentliche Gezerre über die Wahl des Pilotbezirks zu vermeiden, Spekulationen keine Nahrung zu geben, den Arbeitgebern verhandlungstaktische Verwirrspiele zu erschweren und gleichzeitig bei der Wahl von Verhandlungsort und Kampfgebiet eine größtmögliche Autonomie zu wahren. Dies ist ihr mit einer Strategie der „verhandlungsstrategischen Koordinierung“ gelungen. Zu jedem Zeitpunkt der Auseinandersetzung waren alle regionalen Verhandlungsschritte zwischen den Bezirken und dem Vorstand eng abgestimmt. Das stärkte die Position der regionalen, gewerkschaftlichen Verhandlungsführer und trug dazu bei, eine Abkoppelung der neuen Bundesländer zu verhindern und die Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung in der Frage der Erholpau-sen zu schaffen.

Die Arbeitgeberseite tat sich in verschiedenen Punkten schwer. Gesamtmetall hatte offensichtlich größere Probleme mit der zentralen Koordinierung durch die Spitzen des Verbandes. Einheitliche Foliensätze und Redetexte für die regionalen Verhandlungsführer sprechen vordergründig für eine eng koordinierte und zentralisierte Verhandlungsführung. Doch hinter dieser Fassade waren die De-

fizite nicht zu übersehen: So hatte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser frühzeitig signalisiert, eine tarifliche Regelung zum Thema Qualifizierung sei möglich, wenn die IG Metall mit der zeitlichen Beteiligung der Beschäftigten einen Weg dazu bahne. Zum gleichen Zeitpunkt schloss NRW-Verhandlungsführer Jäger Regelungen zur Qualifizierung gänzlich aus. Die fehlende Geschlossenheit bei Gesamtmetall war weniger handwerklichen Defiziten, als vielmehr einer voranschreitenden ordnungspolitischen Ausdifferenzierung im Arbeitgeberlager geschuldet. Diese erschwert zunehmend die Konsensfindung und eine einheitliche Verhandlungsführung. Die Kluft zwischen den „Ordnungspolitikern“, die mit einem Tarifkompromiss die Befriedungsfunktion des Flächentarifvertrages sichern wollen und den „Falken“, die den Flächentarifvertrag offen in Frage stellen, wird sichtbar größer. Auch die Ansprüche der Mitglieder an ihren Verband wachsen, nicht zuletzt infolge der Verhandlungsmacht, die den Unternehmen im Rahmen einer doppelten Exit-Option zuwächst: Die Option auf die Verlagerung von Standorten und Arbeitsplätzen ins Ausland stärkt sie gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaft. Zudem erhöht die Möglichkeit des Wechsel in OT-Verbände (Verbände ohne Tarifbindung) das Druckpotenzial auf die Führung des Tarifverbandes. Beides erschwert eine konsistente Verbandstrategie. Verschärft wurden diese Probleme durch eine - allerdings hausgemachte - Begründungs- und Glaubwürdigkeitsfalle, in die die Verhandlungsstrategie von Gesamtmetall tappte. Die lang andauernde Ver-

weigerung eines verhandelbaren Angebots erhöhte den öffentlichen Druck. Und zugleich machte sie eine hinreichende Abstimmung zwischen Forderung und der ökonomischen Entwicklung immer schwieriger. Während die Pressestellen noch den Untergang der Branchen bei einem Abschluss über zwei Prozent an die Wand malten, häuften sich Meldungen über die anziehende Konjunktur, volle Auftragsbücher und satte Unternehmensgewinne. Resultat dieser gescheiterten Kommunikationsstrategie war eine Isolierung der unternehmerischen Position in den Medien sowie eine übertriebene Erwartungshaltung der Mitglieder, die nachher die Konsensfindung im Arbeitgeberlager erheblich erschwerte.

Zukunftsfragen

Was folgt aus der Tarifrunde 2006 für die Zukunftsperspektiven des Tarifsystems, der Tarifpolitik und die gewerkschaftliche Strategiebildung?

Soviel Innovation war nie!?

In diesem Tarifabschluss haben in drei Regelungsbereichen echte tarifpolitische Innovationen stattgefunden. Das sind: die Umwandlung der vermögenswirksamen Leistungen in einen Baustein der betrieblichen Altersvorsorge, die tarifvertraglichen Regelungen zur Qualifizierung und die Variabilisierung der Einmalzahlung. Es kann nur als Beleg für die selektive Wahrnehmung der Öffentlichkeit gewertet werden, dass lediglich die Bestimmungen zur Einmalzahlung breit diskutiert werden.

Nun gut: Medial wurde die Variabilisierung vielfach als ein Paradigmenwechsel in der Tarifpolitik beschrieben, der eine unmittelbarere Anpassung der

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Entgelte an die betrieblichen Konjunkturlagen einleitet. Doch hier ist auch eine andere Lesart möglich: Aus Sicht der IG Metall handelt es sich bei diesen Regelungen eher um eine durchaus innovative Strategie der „flexiblen Kontinuität“. Kontinuität, weil der absolut größte Teil des Abschlusses weiterhin in die Struktur eingeht; Flexibilität, weil den betrieblichen Situationen stärker Rechnung getragen wird.

Entscheidend ist nun, wie diese Neuerungen in den Betrieben umgesetzt werden. Zwei Modelle sind denkbar: Flexibilität als Instrument zur verteilungspolitischen Schädigung der Beschäftigten – eine Strategie, die Anpassungen nach unten als Regelfall etablieren möchte und – betriebliche Situation hin oder her – auf Mitnahmeeffekte zielen wird. Die Erfahrungen mit dem „Pforzheimer-Abschluss“ warnen vor Illusionen. Dem wird die IG Metall eine Strategie der Flexibilität ohne verteilungspolitischen Schaden für die Beschäftigten entgegensetzen müssen. Eine Strategie, die betriebliche Bedarfslagen hart prüft, drohenden Mitnahmeeffekte auf Arbeitgeberseite verhindert und Variabilisierungsspielräume auch nach oben auslotet. Die betriebliche Umsetzung der Regelung wird vor allem verteilungspolitisch zu prüfen sein – und sie wird über die Zukunft tarifpolitischer Innovationen dieser Art entscheiden.

Gewerkschaftliche Organisationskraft und Zukunft des Tarifsystems

Beide Verbände sind mit zunehmenden internen Koordinierungsproblemen konfrontiert. Das hat objektive Gründe wie etwa die Auseinanderentwicklung der Konjunkturlagen nach Branchen und Regionen. Aber es hat auch subjektive Gründe wie die Polarisierung in den strategischen Grundpositionen der Untergliederungen

und Regionalverbände. In dieser Runde ist es der IG Metall offenbar besser gelungen, dieses Problem zu bearbeiten. Der Grund könnte darin liegen, dass in der IG Metall mitunter auch unterschiedliche Auffassungen über die Weiterentwicklung des Tarifsystems existieren, mit Blick auf die grundsätzliche Wertschätzung und Stabilisierung des Tarifsystems jedoch kaum Differenzen bestehen. Anders auf der Arbeitgeberseite: Ein Teil der Koordinierungsprobleme beruht auch auf grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft des Flächentarifvertrages und des Tarifvertrages an sich.

Das ist ein Problem für Gesamtmetall und das Tarifsystem – und damit auch für die IG Metall. Eines ist klar: Die schwindende Wertschätzung der Ordnungs- und Befriedungsfunktion des Flächentarifvertrages im Arbeitgeberlager bringt auch Mobilisierungs- und Organisationsschwächen auf Gewerkschaftsseite zum Ausdruck. Oder positiv formuliert: Die strategische Ausrichtung von Gesamtmetall hängt wesentlich von der organisations-, betriebs- und tarifpolitischen Stärke der IG Metall ab. Mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, der Zahl mobilisierungsfähiger Kampfbetriebe und der Fähigkeit, betrieblichen Erpressungsstrategien erfolgreich Paroli bieten zu können, wächst nicht nur die gewerkschaftliche Kraft, sondern auch die Attraktivität des Flächentarifvertrages für die Unternehmen – und damit die Stabilität des Tarifsystems. Paradox, aber wahr, denn: Die Firmen kalkulieren nüchtern. Wenn ein Verbandsaustritt mit untertariflichen Löhnen, verlängerten Arbeitszeiten und folgsamen Belegschaften be- und entlohnt wird, wird dieser Weg gegangen. Wenn er aber mit betrieblichen Pro-

testen, Unruhen und entsprechende Konfliktkosten einher geht, sieht die Rechnung – ganz wörtlich genommen, ganz anders aus.

Die Medien als ständige Begleiter

Seit langem spielt es bei Abschlüssen eine Rolle, wie ein Ergebnis in der Öffentlichkeit „rüber kommt“, wer als Gewinner und Verlierer gilt. Nicht nur an dieser Tarifrunde wird jedoch zunehmend deutlich, dass der Einfluss der medialen Öffentlichkeit auf das Tarifgeschehen immer früher beginnt. Er beschränkt sich nicht mehr auf die Bewertung des abgeschlossenen Ergebnisses, sondern findet bereits von Beginn des Verhandlungsprozesses an Eingang in die strategischen und taktischen Positionierungen der Verhandlungsparteien. Hier steht das Thema „Tarifpolitik in der Mediengesellschaft“ auf der Agenda – und beide Seiten haben hier noch mehr Fragen als Antworten.

Einstieg in eine gesellschaftspolitische Wende?

Gleichwohl könnte der Begriff des Paradigmenwechsels doch noch zu seinem Recht kommen. Dies wird jedoch die Zukunft weisen müssen. Die Frage lautet: War der verteilungs- und innovationspolitische Erfolg der IG Metall eine gesellschaftspolitische Eintagsfliege, ein einmaliger Ausbruch aus der politischen Defensive, in der sich die Gewerkschaften in Europa im Zuge von Arbeitslosigkeit, Standorterpressungen und neoliberaler Regierungspolitik befinden?

Oder wird sich der Abschluss als Einstieg in eine verteilungs- und wettbewerbspolitische Wende erweisen? Als Paradigmenwechsel in Richtung einer Entwicklung, in der die einkommenspolitische Fehlentwicklung der letzten Jahre gestoppt und damit die Voraussetzungen für eine binnenwirtschaftliche Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung ein

geleitet werden; und in der nicht nacktes cost-cutting, Arbeitsplatzabbau und Shareholder-Fixierung, sondern betriebliche Innovationen, gute Arbeit und soziale Sicherheit die Orientierungspunkte markieren? Die Entgeltsteigerung, die qualifizierungs- und leistungspolitischen Regelungen und nicht zuletzt der Beitrag zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung könnten Schritte in diese Richtung sein.

Über eine solche gesellschaftspo-

litische Weichenstellung wird nicht nur, nicht einmal in erster Linie, in der Tarifpolitik entschieden. Die anstehenden wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Entscheidungen werden das ihre dazu beitragen. Die IG Metall hat in der Tarifrunde 2006 an Zustimmung in der Mitgliedschaft und damit an Kraft gewonnen. Es wäre gut, diesen Kraftzuwachs in eine gesellschaftliche Mobilisierung gegen einen weiteren Abbau von Sozialstandards und Arbeitnehmerrechten und eine solidarische Modernisierung des Gesundheits-

und Alterssicherungssystems zu investieren. So könnte die tarifpolitische Revitalisierung eine gesellschaftspolitische befördern. Das wäre ein weiterer Schritt in Richtung einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung – und ein weiterer Schritt aus der gewerkschaftlichen Defensive.

CHRISTOPF EHLSCHEID
HANS-JÜRGEN URBAN

Streik im öffentlichen Dienst

Was hat der Streik gebracht

Nach 12 Wochen Streik dürfte die Tarifaufeinanderersetzung im öffentlichen Dienst beendet sein. Ob das Ergebnis nun ein Erfolg oder Misserfolg ist, müssen die Mitglieder entscheiden und wird die Zukunft zeigen. Eines steht aber jetzt schon fest, dieses war kein „normaler“ Tarifkampf. Es ging auch um mehr als nur um den öffentlichen Dienst, oder wie ist sonst die Aussage des Verhandlungsführers der Länder Niedersachsens Finanzminister Möllring zu interpretieren, dass man den privaten Arbeitgebern einmal vorführen wolle, wie man Arbeitszeitverlängerungen durchsetze und die Macht der Gewerkschaften schwäche. Die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche war das erklärte Ziel, dass konnte mit diesem Tarifkampf zwar verhindert werden aber es mussten erhebliche Kröten geschluckt werden. Noch nie war die Tariflandschaft im öffentlichen Dienst so unübersichtlich wie heute. Da gibt es einen Tarifvertrag der kommunalen Arbeitgeber in Hamburg und

Baden-Württemberg, einen Tarifvertrag mit dem Bund usw. Zerstückelung und damit Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaft verdi wurde also wohl zum Teil erreicht. Das wir als IG Metall ein so gutes Tarifergebnis erreicht haben, dürfte übrigens auch zum Teil an der Tarifaufeinanderersetzung im öffentlichen Dienst gelegen haben. Wer hatte schon gedacht, dass verdi einen so langen Streik zum Teil auch gegen die öffentliche Meinung würde durchhalten können. Das dürfte auch Gesamtmetall klar geworden sein, wenn die ver.di-Kolleginnen und Kollegen so lange streiken, werden das die Metaller wohl erst recht schaffen. Unserer Solidarität und Unterstützung sollten sich die Kolleginnen und Kollegen von ver.di sicher sein.

Der Kampf ist aber noch lange nicht beendet. Der Neoliberalismus hat seinen Kampf erst begonnen und er wird nicht so schnell aufgeben. Es ist an der Zeit überall im Betrieb und im Privaten deutlich zu machen, dass Sozialab-

bau nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat, das Globalisierung nicht nur dem Kapital zu dienen hat, das Lohnverzicht noch keinen Arbeitsplatz gesichert hat, das Arbeitszeitverlängerung nur zu mehr Arbeitslosigkeit und damit zur sozialen Ausgrenzung führt, das Kombilohn und andere Niedriglohnmodelle nur zur Lohndrückerei dienen sollen.

Wenn die Streiks im öffentlichen Dienst nicht umsonst gewesen sein sollen, bei aller möglichen Kritik an dem erzielten Ergebnis, dann müssen wir den Kampf jetzt gemeinsam auf breiter Ebene fortsetzen.

REDAKTION

Lesetipp

Spiegelreflex Adda Simon in Cotonou

Adda Simon ist eine Fotoreporterin aus Deutschland. Afrika ist ihre zweite Heimat und so freut sie sich, dass sie eine Fotoreportage in Benin machen soll. Doch schon bald zeigt sich, dass es eine Reise mit Hindernissen und aufregenden Momenten werden soll. Ihr bester Freund, der Politiker Patrick wird vor ihren Augen in



einem Restaurant ermordet. Auf einem der von ihr gemachten Fotos ist der Mörder zu sehen und damit beginnt das Abenteuer.

Sie wird verfolgt und entgeht nur knapp Mordanschlägen. Ein spannendes Buch, das neben der Handlung auf Adda bezogen auch noch viel über Afrika, seine Kultur, seine Ordnung und seine Politiker aber auch über den europäischen Einfluss erzählt. Ein lesenswertes Buch von einer Autorin, die weiß worüber sie schreibt. Lena Blaudez hat lange in Afrika gelebt und Entwicklungshilfe geleistet. Als Urlaubslektüre unbedingt zu empfehlen.

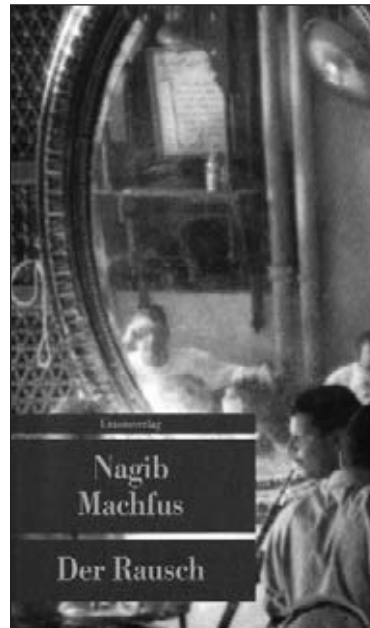
Lena Blaudez
Spiegelreflex – Adda Simon in Cotonou
Unionsverlag
ISBN 3-293-00344-3
Preis: 9,90 Euro Taschenbuch (erscheint in Kürze)
19,90 Euro Hardcoverbuch

Lesetipp

Der Rausch

Omar al-Hamzawi ist inzwischen ein erfolgreicher Anwalt. In seiner Jugendzeit war er Revolutionär und hat Gedichte geschrieben. Inzwischen ist er gutsituiert ist verheiratet und hat zwei Töchter und seine Frau ist zum Drittenmal schwanger. Doch zunehmend fühlt er sich in seinem Alltag voller Kompromisse und dem Aufgeben seiner Ideale unglücklich. Er verliebt sich in eine Tänzerin, zieht von zu Hause aus, trifft alte Freunde wieder kommt aber nicht mehr recht auf die Beine.

Machfus beschreibt sehr eindringlich die Krise eines Menschen, der mit sich und mit seinem Leben nicht mehr zurecht kommt. So ganz nebenbei erfährt man dann auch noch etwas über



die Geschichte von Ägypten. Kein spannendes aber in manchen Teil nachdenkliches Buch über Krisen, die wohl jeder einmal schon durchlebt hat.

Nagib Machfus
Der Rausch
Unionsverlag
ISBN: 3-293-20327-2
Preis: 9,90 Euro

Lesetipp

Futebol – Die brasilianische Kunst des Lebens

1950 die Fußballweltmeisterschaft findet in Brasilien statt. Die Weltmeisterschaft wird auf Wunsch von Brasilien in Gruppenform ausgespielt. Im letzten Spiel benötigt Brasilien nur noch ein Unentschieden gegen Uruguay um Weltmeister zu werden. Doch es passiert etwas was keiner geglaubt hat und es wird zu einer nationalen Katas-



rophe. Brasilien verliert 2:1 gegen Uruguay. Uruguay ist Weltmeister Brasilien nur Vizeweltmeister, dass zwar zum erstenmal aber es ist kein Trost. Bellos erzählt das Schicksal des Torwartes dieser Zeit, ihm brachte diese Weltmeisterschaft die Isolation und die Einsamkeit und damit schließlich den Tod. Fußball mehr als ein Spiel, dass ist das Fazit dieses Buches. Es erzählt in 15 Kapiteln unterschiedliche Geschichten des brasilianischen Fußballs. Wir lernen brasilianische Fußballspieler auf den Farör Inseln kennen und ebenso den Aufstieg und Fall von Garrincha einen Ausnahmestürmer aus der Zeit Pelés. Wir lernen aber auch, dass die brasilianische Art des Fußballspielens etwas mit der Befreiung der Sklaven zu tun hat und vieles mehr.

In Zeiten des WM Jahres 2006

Lesetipp

ein lesenswertes und spannendes Buch, übrigens nicht nur für Fußballfans.

Alex Bellos

Futebol – Die brasilianische Kunst des Lebens

Edition Tiamat

ISBN: 3-89320-077-0

Preis: 13,50 Euro

Die rote Stadt

Hamburg 1886: Im Hafen wächst ein riesiger Baukomplex heran, die Speicherstadt – ein Jahrhundertbauwerk. Ehemalige Arbeiterquartiere auf dem Kehrwieder-Wandrahm-Viertel wurden „niedergelegt“, heute würde man sagen saniert, das heißt abgerissen. Wo fast 20 000 Menschen lebten, soll Hamburgs erste Hafen-City entstehen: die Speicherstadt aus rotem Backstein.

Sören Bishop, Sohn des ehemaligen Commissarius Bishop, hat sich ein Büro besorgt, um sich als Jurist im Dovenhof niederzulassen, dem modernsten Kontorhaus der Stadt, das bereits mit Fernsprengeräten und elektrischem Licht ausgestattet ist. Kaum dort angekommen, der erste Schreck: Ausgerechnet im Paternoster, ein neues technisches Wunderwerk, entdeckt er einen Ermordeten. Wenig später gibt es zwei weitere Tote.

Boris Meyn hat „Die rote Stadt“,

Lesetipp

den dritten seiner historischen Hamburg-Krimis, in einer spannenden Zeit angesiedelt. Die Speicherstadt, damals ein umstrittenes Projekt, war wegen Hamburgs



nahendem Zollanschluss ans Deutsche Reich geplant geworden. Die auf Pfählen im Schlick ruhenden riesigen Speicher sollten, laut behördlicher Vorgabe, je Stockwerk bis zu 1800 Kilogramm pro Quadratmeter tragen. Das stellte an die Statiker höchste Ansprüche, und viele lukrative Bauaufträge weckten Begehrlichkeiten. Aber es ging nicht nur um den Aufbau der Speicherstadt und die in Zusammenhang damit stehenden Pläne der Berlin-Hamburger Eisen-

Lesetipp

bahn-Gesellschaft.

Folgenreicher war der Abriss der Arbeiterwohngebiete auf dem Kehrwieder. Jahrelang hatten die Kaufleute in der Commerzdeputation, einem Vorläufer der Wirtschaftsbehörde, um den Speicherstandort gestritten. Wo sollten Tausende Arbeiterfamilien künftig wohnen? Die meisten arbeiteten im Hafen. Spekulativ wurden in der Planungsphase der Speicherstadt aufgrund von Insiderwissen neue Arbeiterwohnungen hochgezogen. Die durch die Größenordnung der „Sanierung“ entstandene Wohnungsknappheit sorgte schnell für steigende Mietpreise, selbst in den überfüllten Elendsquartieren der Gängeviertel.

Mit der Lektüre dieses Romans erfährt der Leser vieles über die Hintergründe jener sozialen und städtebaulichen Umbruchszeit in Hamburg. Der Autor Boris Meyn ist Kunst- und Bauhistoriker. Das Buch gewinnt noch durch historische Fotos, Karten und Zeichnungen. Eine spannende und angesichts der Hafen-City hochaktuelle Lektüre.

WOLFGANG ERDMANN

Boris Meyn

Die rote Stadt

Rororo-Taschenbuch

ISBN: 3-499-23407-6

Preis: 8,90 Euro

Steuergeschenke ohne Ende?

Deutschland brauche endlich wettbewerbsfähige Steuersätze. Damit Aktiengesellschaften und GmbHs richtig investieren können. So die große Koalition mit ihrem Finanzminister Steinbrück. Der Steuersatz von insgesamt 39% – Körperschaft- plus Gewerbesteuer – sei zu hoch. Tatsächlich ist die Besteuerung jedoch löchriger als ein Schweizer Käse. Steuerschlupflöcher ohne Ende. Große Teile des Gewinns werden herausgerechnet und gar nicht besteuert.

Deshalb ist der tatsächliche Steuersatz deutlich niedriger als der rechnerische. Schätzungen zufolge fließen maximal 15% der Gewinne der Konzerne dem Staat zu. Nicht einmal die Hälfte der rechnerischen Steuerlast. Die Körperschaftsteuer beträgt nur 3,6% aller Steuereinnahmen. Fast soviel bringt die Tabaksteuer auch ein. Mehr Investitionen und Beschäftigung – das soll die Senkung der Unternehmenssteuern bringen. 2001 hat Rot-Grün dieses

Experiment schon einmal gemacht – und ist kräftig „auf die Nase gefallen“. Investitionen und Beschäftigung sind weiter zurückgegangen. Mindestens 60 Milliarden Euro Steuereinnahmen sind so seitdem verschenkt worden. Dafür sind die Gewinne um so stärker gewachsen! Und jetzt das gleiche noch einmal?

Wirtschaftspolitik Nr. 9, Mai 2006
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

